S 10 AL 567/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 10
Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 10 AL 567/99 Datum 19.03.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 10 AL 220/02 Datum 27.05.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl \tilde{A} ¤gers gegen das Urteil des Sozialgerichts W \tilde{A} ½rzburg vom 19.03.2002 wird zur \tilde{A} ½ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Erstattung zu Unrecht entrichteter Beitr \tilde{A} x ge zur Arbeitslosenversicherung f \tilde{A}^{1} 4 r die Zeit vom 01.04.1984 bis 31.12.1993.

Der 1951 geborene KlĤger war seit 01.04.1984 Gesellschafter und GeschĤftsfļhrer der Firma e. GmbH & Co. KG (Fa. e.) und leistete BeitrĤge zur Sozialversicherung.

Mit Schreiben vom 08.10.1998 beantragte er deren Erstattung fýr die Zeit vom 01.04.1984 bis 31.07.1995 bei der AOK Bayern. Diese teilte dem Kläger mit, auf Grund der vorgelegten Unterlagen habe seit 01.07.1983 kein versicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis bestanden (Bescheid vom 24.03.1999), und legte den Antrag auf Erstattung der zur Arbeitslosenversicherung

geleisteten BeitrĤge der Beklagten vor. Der KlĤger übersandte einen Prüfbericht (Prüfungsabschluss: 22.04.1992), in dem er als Geschäftsführer bezeichnet wurde und wegen anderer Arbeitnehmer Meldungen für erforderlich gehalten wurden. Auf Nachfrage der Beklagten teilte die AOK Bayern mit, bei Betriebsprüfungen sei übersehen worden, die Versicherungspflicht des Geschäftsführers zu beurteilen.

Mit Bescheid vom 21.07.1999 entsprach die Beklagte für die Zeit vom 01.12.1994 bis 31.07.1995 dem Antrag des Klägers. Im Ã□brigen lehnte sie die Erstattung wegen Verjährung ab. Fehlerhaftes Verwaltungshandeln sei nicht erkennbar.

Den hiergegen eingelegten Widerspruch begründete der Kläger damit, die Versicherungspflicht des Geschäftsführers sei, obwohl dies hätte erfolgen müssen, fälschlicherweise im Rahmen der Betriebsprüfungen nicht überprüft worden. Fehlerhaftes Verwaltungshandeln liege daher vor. Den Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 27.10.1999 zurück. Es könne nicht mehr festgestellt werden, ob die Arbeitnehmereigenschaft des Klägers im Rahmen der Betriebsprüfung überprüft und ausdrücklich bestätigt worden sei. Eine lückenlose Betriebsprüfung sei nicht durchzuführen gewesen. Fehlerhaftes Verwaltungshandeln liege daher nicht vor. Es sei ein typischer Fall der Verjährung gegeben.

Zur Begründung der dagegen zum Sozialgericht Wþrzburg (SG) erhobenen Klage hat der Kläger vorgetragen: Die Nichterweislichkeit der Annahme der Beitragspflicht durch die Einzugsstellen gehe zu Lasten der Beklagten. Eine solche Prþfung habe vorgenommen werden mþssen. Die Beklagte mþsse deshalb auf die Einrede der Verjährung verzichten. Bereits 1984 sei ein Mitarbeiter der Einzugsstelle, Herr B. (B.), veranlasst worden, die Beitragspflicht zu prþfen.

Die AOK Bayern hat mitgeteilt, Unterlagen, insbesondere über eine ausdrückliche Prüfung, lägen nicht vor. B. könne sich nicht mehr an Vorgänge aus 1983 erinnern. Entsprechende Schriftsätze seien nicht vorhanden bzw. zwischenzeitlich vernichtet worden. Der Kläger bzw. dessen Steuerberater hat keine Unterlagen über eine Prüfung seiner Beitragspflicht vorlegen können. Aus Prüfberichten ergäben sich keine Hinweise hierauf.

Mit Teilanerkenntnis vom 14.01.2002 hat sich die Beklagte bereit erkl \tilde{A} ¤rt, Beitr \tilde{A} ¤ge bereits f \tilde{A} ½r die Zeit ab 01.01.1994 zu erstatten.

Im Ã\[]brigen hat das SG die Klage mit Urteil vom 19.03.2002 abgewiesen. Die zu Unrecht entrichteten Beitr\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) ge f\(\tilde{A}\)\(^4\)r die Zeit vor dem 01.01.1994 seien wegen zul\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) seiger Erhebung der Einrede der Verj\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)hrung durch die Beklagte nicht zu erstatten. Diesbez\(\tilde{A}\)\(^4\)glich habe die Beklagte ihr pflichtgem\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\) es Ermessen zutreffend ausge\(\tilde{A}\)\(^4\)\(\tilde{b}\). Fehlerhaftes Verwaltunshandeln \(\tilde{a}\)\(\tilde{a}\)\(\tilde{a}\) urs\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)chlich f\(\tilde{A}\)\(^4\)r die fehlerhafte Entrichtung von Beitr\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)gers sei nicht vor. Eine konkrete Pr\(\tilde{A}\)\(^4\)fung der Versicherungspflicht des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)gers sei nicht nachweisbar. Ohne f\(\tilde{A}\)\(\tilde{a}\)rmliche Bescheide k\(\tilde{A}\)\(\tilde{n}\)nne sich auf eine Betriebspr\(\tilde{A}\)\(^4\)fung auch kein Vertrauen gr\(\tilde{A}\)\(^4\)nden.

Ein Bescheid könne jedoch nicht vorgelegt werden. Den Kläger treffe hierfür die objektive Beweislast. Die Prüfung selbst habe keine AuÃ∏enwirkung.

Dagegen hat der Kläger Berufung zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt und damit begrýndet, nach Angaben des damaligen Steuerberaters der Fa. e. sei durch einen Bescheid der AOK Bayern Versicherungspflicht festgestellt worden. Der Kläger legt hierzu eine Auskunft des Steuerberaters im Verfahren S 3 AL 334/99 vor dem Sozialgericht Mainz (Parallelverfahren eines weiteren Gesellschafter-Geschäftsführers der Fa. e., D. S.) vor.

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ger beantragt, das Urteil des Sozialgerichts W\(\tilde{A}\)\(\tilde{4}\)rzburg vom 19.03.2002 sowie den Bescheid vom 21.07.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27.10.1999 und des Teilanerkenntnisses vom 14.01.2002 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, die von ihm in der Zeit vom 01.04.1984 bis 31.12.1993 gezahlten Beitr\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) gezahlten.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Sie hält die Entscheidung des SG fýr zutreffend.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf die beigezogene Verwaltungsakte sowie die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung (§Â§ 143, 144, 151 Sozialgerichtsgesetz â SGG) ist zulã ssig, aber nicht begrã¼ndet. Zu Recht hat das SG die Klage abgewiesen. Der Bescheid vom 21.07.1999 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 27.10.1999 ist rechtmã A ig und verletzt den Klã ger nicht in seinen Rechten. Die Beklagte hat die Erstattung der fã¼r die Zeit vom 01.04.1984 bis 31.12.1993 entrichteten Beitrã ge zur Arbeitslosenversicherung zu Recht verweigert.

GemäÃ∏ § 351 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) in der ab 01.01.1998 geltenden Fassung (vgl. zu dessen Anwendbarkeit auf nach dem 01.01.1998 erhobene Erstattungsansprýche: BSG, Urteil vom 21.07.2003 â∏ B 12 AL 1/02 R â∏ SozR 4-2400 § 27 Nr 1) i.V.m. § 26 Abs 2 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV), der auf das Recht der Arbeitsförderung (SGB III) anwendbar ist (§ 1 Abs 1 Satz 2 und 3 SGB IV), sind zu Unrecht entrichete Beiträge zu erstatten. Der Erstattungsanspruch steht dem zu, der die Beiträge getragen hat (§ 26 Abs 3 Satz 1 SGB IV), hier also dem Kläger.

Unabhängig von der Frage, ob die Beiträge materiell-rechtlich teils zu Unrecht entrichtet worden sind $\hat{a} \square \hat{a}$ ab April 1984 hatte der Kläger keine Stimmenmehrheit in der GmbH $\hat{a} \square \hat{a}$ kann die Erstattung jedoch verweigert werden, wenn die Einrede der Verjährung erhoben wird. Die Beklagte hat dies fýr die Zeit vor dem 01.01.1994 zu Recht getan. Der Erstattungsanspruch fýr die bis 31.12.1993 geleisteten Beiträge ist spätestens Ende 1997 verjährt (\hat{A} § 27 Abs 2 SGB IV).

Antrag auf Beitragserstattung hat der KlĤger jedoch erst im Oktober 1998 gestellt.

Zweck der VerjĤhrungsvorschriften ist es im Allgemeinen, dem Schuldner die Abwehr unbegründeter Ansprüche zu erleichtern, zumal die Aufklärung der tatsächlichen Umstände im Laufe der Zeit erfahrungsgemäÃ∏ immer schwieriger wird. Die VerjĤhrung konkretisiert Maximen von Treu und Glauben in Gestalt der allgemeinen Rýcksichtnahmepflichten und erspart zugleich Beweiserhebungen. Darļberhinaus dient sie der Rechtssicherheit und dem Rechtsfrieden: Der Rechtsverkehr benĶtigt klare VerhĤltnisse und sollte deshalb vor einer Verdunkelung der Rechtslage bewahrt bleiben, wie sie bei spĤterer Geltendmachung von Rechtsansprå¼chen auf Grund lå¤ngst vergangener Tatsachen zu befļrchten wĤren. Diese ErwĤgungen treffen auch auf die Beitragserstattungsansprüche Beschäftigter zu. Diese setzen voraus, dass die tatsĤchlichen UmstĤnde einer BeschĤftigung gegen Entgelt für den gesamten Erstattungszeitraum ermittelt werden. Derartige Umstände lassen sich für die Vergangenheit jedoch erfahrungsgemĤÃ∏ nur noch unter erheblichen Schwierigkeiten nachweisen. Aber auch dort, wo fýr die tatsÃxchlichen Verhältnisse keine Zweifel bestehen und die Verjährung (offensichtlich) begründete Ansprüche betrifft, ist das Rechtsinstitut der Verjährung durch die Gedanken des Schuldnerschutzes und des Rechtsfriedens gerechtfertigt. Die Unkenntnis des Berechtigten von seinem Anspruch und damit die MA¶glichkeit, diesen (rechtzeitig) geltend zu machen, ist auch im Bereich der Beitragserstattung ohne Bedeutung (so: BSG aaO). Es ist nicht zu beanstanden, wenn die Beklagte grundsÄxtzlich von der Erhebung der Einrede der VerjÄxhrung nur dann absieht, wenn die Beitragsentrichtung deshalb zu Unrecht erfolgt ist, weil sie auf einem fehlerhaften Verhalten der Beklagten oder der Einzugsstelle beruht (vgl. BSGE 58, 154).

Die Beklagte hat ohne Rechtsfehler die Einrede der VerjĤhrung erhoben. Dabei hat sie das ihr zustehende pflichtgemäÃ∏e Ermessen zutreffend ausgeübt und dieses spĤtestens im Widerspruchsbescheid vom 27.10.1999 dargelegt (§ 35 Abs <u>1 Satz 3</u> Zehntes Buch Sozialgesetzbuch $\hat{a} \square \square$ SGB X). Sie hat ausgef $\tilde{A}^{1}/4$ hrt, es liege kein fehlerhaftes Verwaltungshandeln vor. Eine Dienstanweisung, die die Einzugsstelle verpflichtet, bei jeder Betriebsprüfung lückenlos zu prüfen, existiere nicht. Vielmehr seien Betriebsprüfungen auf Stichproben ausgelegt. Die unrechtmäÃ∏ige Beitragsentrichtung durch den Kläger sei ohne Zutun und Verantwortung der Einzugsstelle erfolgt. Damit sei der typische Fall des Eintritts der VerjĤhrung gegeben. Bei der Ausļbung dieses Ermessens hat sich die Beklagte an ihre Verwaltungsanweisungen gehalten, die vorsehen, nur in den FĤllen einer "unbilligen Härte" von der Verjährungseinrede abzusehen. Hierzu heiÃ∏t es in der Durchführungsanweisung der Beklagten zu <u>§ 27 SGB IV</u> (vgl. hierzu BSG aaO): "Eine besondere Härte ist im Allgemeinen anzunehmen, wenn die Beitragszahlung deshalb zu Unrecht erfolgt ist, weil sie auf einem fehlerhaften Verwaltungshandeln der BA, der Einzugsstelle oder eines TrĤgers der Rentenversicherung (letztere als Prüfinstitution) beruht, d.h. die fehlerhafte Beitragszahlung muss von einer dieser Stellen nachweislich verursacht worden sein."

Dies hat die Beklagte fÃ1/4r den streitigen Zeitraum zutreffend verneint. Ein

anderweitiger Bescheid oder eine blo̸e schriftliche Bestätigung der Beklagten oder der Einzugsstelle über die Beitragspflicht des Klägers liegt nicht vor. Zwar wird eine konkrete Nachfrage durch den KlĤger behauptet, Unterlagen hierzu finden sich jedoch nicht. Auch der damalige Steuerberater der Fa. e. konnte â∏ wie er auf Anfrage des SG angibt â∏ zu einer expliziten Nachprüfung der Beitragspflicht des KlĤgers keine Angaben machen. Aus den Prüfberichten gehe nichts hervor. Auch gegenüber dem SG Mainz im Parallelverfahren hat er erklärt, keinen entsprechenden Bescheid vorlegen zu können. Vielmehr schlieÃ∏t er aus der â∏ tatsächlich nicht bestehenden â∏ Pflicht, alle Lohnkonten zu prüfen und aus der Tatsache fehlender Beanstandung des Lohnkontos des KlĤgers darauf, dass Versicherungspflicht bestanden habe. Dieser Schluss kann allerdings eine bescheidmäÃ∏ige Feststellung durch die Einzugsstelle nicht ersetzen. Die weiteren Ausführungen des Steuerberaters, der Kläger und D. S. seien im Rahmen der GeschĤftsfļhrertĤtigkeit als sozialversicherungspflichtig durch die AOK eingestuft worden, da sie zu weniger als 50 vH am Stammkapital beteiligt gewesen seien, kann allenfalls die Zeit ab September 1997 zutreffen, denn D. S. war vorher nicht an der Fa. e. beteiligt.

Das BSG hat sich bereits mehrfach mit den Rechtsfolgen von Betriebsprå¼fungen beschĤftigt, bei denen es zunĤchst keine Beanstandungen gab, sich jedoch spĤter herausstellte, dass die Versicherungs- und Beitragspflicht von BeschÄxftigten vom geprļften Arbeitgeber im Prļfzeitraum unzutreffend beurteilt wurde, dies im Rahmen der Betriebsprüfung aber nicht aufgefallen war. Betriebsprüfungen haben im unmittelbaren Interesse der Versicherungsträger und mittelbarem Interesse der Versicherten den Zweck, die Beitragsentrichtung zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung zu sichern. Eine über diese Kontrollfunktion hinausgehende Bedeutung kommt ihnen nicht zu; sie bezwecken insbesondere nicht, den Arbeitgeber als Beitragsschuldner zu schä¼tzen oder ihm etwa Entlastung zu erteilen. Diese Schlussfolgerung verbietet sich schon deshalb, weil die Betriebsprļfung nicht umfassend und erschĶpfend sein kann und sich auf bestimmte EinzelfĤlle oder Stichproben beschrĤnken darf. Auch den Prüfberichten kommt keine andere Bedeutung zu. Ihr Adressat ist nicht der Arbeitgeber. Sie halten das Ergebnis der Prüfung vielmehr nur für den zustĤndigen, die Betriebsprļfung durchfļhrenden VersicherungstrĤger fest und haben nicht etwa die Funktion eines Entlastungsnachweises mit Au̸enwirkung. Auch soweit Beschäftigte aus den Ergebnissen frÃ⅓herer Betriebsprüfungen Rechte herleiten wollen, kann sich eine materielle Bindungswirkung nur dann und insoweit ergeben, als Versicherungspflicht und Beitragshöhe personenbezogen für bestimmte Zeiträume durch gesonderten Verwaltungsakt festgestellt worden sind (vgl. BSG aaO). Der KIĤger kann jedoch weder einen entsprechenden Prüfvermerk noch einen diesbezüglichen Bescheid vorlegen. Den von ihm behaupteten Bescheiderlass kann er damit nicht beweisen. Die Nichterweislichkeit der anspruchsbegrÄ¹/₄ndenden Tatsachen geht zu Lasten des Klägers.

Weitere Gesichtspunkte, insbesondere eine wirtschaftliche Notlage des Kl \tilde{A} x gers, die f \tilde{A} 1 / 4 r eine Ermessensentscheidung bedeutsam sein k \tilde{A} 9 nnten, sind nicht zu erkennen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 193 SGG.

 $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde, die Revision gem. \hat{A} § 160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG zuzulassen, liegen nicht vor.

Erstellt am: 23.08.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024